



Newsletter der Jusos Niedersachsen

August 2015

Liebe Genossinnen und Genossen,

in dem auf der Landeskonferenz im April beschlossenen Arbeitsprogramm haben wir es uns als Landesvorstand zur Aufgabe gemacht unsere Mitglieder künftig verstärkt über die Arbeit des Juso-Landesverbandes und die aktuellen Geschehnisse auf Landesebene zu informieren. Nun können wir euch die erste Ausgabe unseres Newsletters präsentieren. Quartalsweise wollen wir euch nun auf dem Laufenden halten. Dabei wird sich der Look des Newsletters sicherlich noch weiterentwickeln und verändern. Wir freuen uns jederzeit über Kritik, Hinweise und Feedback unter info@jusos-niedersachsen.de.

In der aktuellen Ausgabe geht es u.a. um die Halbzeitbilanz von Rot-Grün, das Streitthema Vorratsdatenspeicherung und um den Naziaufmarsch in Bad Nenndorf.

Wir wünschen Euch einen schönen Sommer getreu dem Motto „Sommer, Sonne, Sozialismus“ und freuen uns, wenn ihr mal auf unserer Facebookseite unter [Facebook.com/Jusos.nds](https://www.facebook.com/Jusos.nds) vorbeischaut.



Leonard Kuntscher

In Vertretung für den Juso-Landesvorstand



Arne Zillmer (stellvertretender Landesvorsitzender)

Bericht Bad Nenndorf 2015

Am 1. August machten sich rund 40 Jusos gemeinsam mit ca. 350 weiteren AntifaschistInnen aus den verschiedensten Spektren auf nach Bad Nenndorf, um den „Trauermarsch“ der Nazis zu blockieren und gegen Faschismus und Geschichtsrevisionismus zu protestieren.

Schon seit 2006 ziehen jedes Jahr hunderte Alt- und Neonazis durch die niedersächsische Kleinstadt, um die deutsche Geschichte zu verdrehen. Ihr Ziel ist das Wincklerbad, ein ehemaliges britisches Internierungslager, in welchem es zu vereinzelt Fällen von Missbrauch kam. Die Neonazis instrumentalisieren diese Vorfälle, um aus nationalsozialistischen TäterInnen Opfer zu machen und den Holocaust zu relativieren. Der alljährliche rechte „Trauermarsch“ sollte nun schon zum zehnten Mal in Folge stattfinden, dabei versuchen die RechtsextremistInnen, durch das inszenierte Trauern an bürgerliche Abwehrreflexe zur deutschen Vergangenheit anzuknüpfen.

In Bad Nenndorf angekommen, stiegen die antifaschistischen Fahrgäste dann am einzigen Bahnsteig des Kurortes aus und machten es sich dort direkt mal gemütlich. Die S-Bahn konnte durch die spontane Sitzblockade auf dem Bahnsteig und in den Türen nicht weiterfahren, wodurch den später anreisenden Nazis diese Möglichkeit der Anfahrt genommen wurde. Daher wurden zunächst mal Süßigkeiten, Bücher und Kartenspiele raus geholt, um die Zeit zu vertreiben. Dank dieser stundenlangen Blockade konnte der rechte „Trauermarsch“ erst deutlich später beginnen und rund 100 Nazis mussten kilometerweit bei praller Sonne von einer anderen Haltestelle

aus laufen. Dumm nur, dass sie auch ohne Sonne schon braun genug sind. Währenddessen demonstrierten rund 600 Menschen bei einer Kundgebung des Bündnisses „Bad Nenndorf ist bunt“ für Vielfalt und Toleranz.

Auch als der rechte Aufmarsch dann mit viel Verzögerung begann, hatten die insgesamt 180 TeilnehmerInnen wirklich allen Grund zum Trauern. An der Wegstrecke entlang und am Wincklerbad selbst sorgten diverse Partys für Konfettiregen und dröhnend laute Musik, womit die Hetze der Nazis komplett unterging. Außerdem spendeten die „Trauernden“ so sogar noch, denn die Initiative „Rechts gegen Rechts“ sammelte bei einem „unfreiwilligen Spendenlauf“ der Rechten für Aussteiger-Programme aus der rechtsextremen Szene.

Leider konnte der Aufmarsch nicht komplett verhindert werden. Die Polizei ging teils sehr brutal gegen NazigeegnerInnen vor und ermöglichte so den Nazis durch unverhältnismäßigen Einsatz von Schlagstock und Pfefferspray sowie Hunden und Pferden ein Durchkommen. Schon beim Räumen der Blockade am Bahnsteig wendet die Polizei Schmerzgriffe an, bei einem späteren Blockadeversuch verloren die beteiligten BeamtInnen offenbar jegliche Hemmungen. Blockierende wurden mit Pfefferspray eingedeckt, Menschen ohne jede Rücksicht über den Boden geschliffen und die Polizeistaffel ritt in die Menge hinein. Wenig verwunderlich, dass es bei solch einem Vorgehen zu Verletzungen auf beiden Seiten kam. Die Vorkommnisse schockierten selbst erfahrene Demonstrierende und bestätigen uns in unseren Forderungen nach einer Kennzeichnungspflicht für die niedersächsische Polizei und eine Abschaffung der hiesigen Reiterstaffel, was beides in anderen Bundesländern bereits geschehen ist.

Wie in der Vergangenheit auch, fielen in diesem Jahr wieder bürgerliche Abgrenzungs- bzw. Spaltungsversuche und konsequentes Ignorieren gegen das Blockade-Bündnis negativ auf. Jetzt mal ernsthaft, das gilt auch für unsere Mutterpartei: Würdigt endlich mal den unermüdlichen und mutigen Einsatz der friedfertigen Menschen in solchen Sitzblockaden! Nazis lassen sich nicht durch Wegschauen und Kaffee trinken vertreiben, im Gegenteil. Nur wenn sich die Protestformen in Bad Nenndorf konstruktiv ergänzen, kann dem Naziaufmarsch ein endgültiges Ende bereitet werden.

Insgesamt ziehen wir aber ein positives Fazit. Die Nazis sind wieder weniger geworden, es konnte erfolgreich über Stunden

blockiert werden und alle sind nach dem langen Tag wohlbehalten zuhause angekommen. Danke an alle GenossInnen, die mitgekommen sind!

Tobias von Gostomski
(stellvertretender
Landesvorsitzender)

Zweites Verbandswochenende der Jusos Niedersachsen

Vom 19. bis 21. Juni fand in Leer (Ostfriesland) unser zweites Verbandswochenende statt. Dabei war ein gewohnt buntes Programm aufgestellt, welches von der Europapolitik über Landespolitik bis zur Kommunalpolitik reichte. Neben Workshops und Austauschrunden waren auch interessante Gäste zu Diskussionen eingeladen.

Den Auftakt machte am Freitagabend Matthias Groote. Matthias sitzt für die SPD im Europaparlament und berichtete über seine Arbeit im Umweltausschuss und über aktuelle Themen. Mit den TeilnehmerInnen diskutierte er dabei insbesondere über das Freihandelsabkommen, TTIP, und die Abschottungspolitik der EU in Bezug auf die wachsenden Flüchtlingsströme.

Der Samstag war geprägt vom Thema Innenpolitik. Zunächst fand mit Adrian Schiebe, stellv. Juso Landesvorsitzender, ein Austausch über Erfahrungen der TeilnehmerInnen mit der Polizei statt. Bei diesem Erfahrungsaustausch zeigte sich, dass es in vielen Lebensbereichen zu Kontakt mit der Polizei kommt. Ob in der Freizeit, beim Fußballspiel, im Straßenverkehr oder dem politischen Engagement, die Polizei tritt als Repräsentant der staatlichen Ordnung auf und ist häufig präsent. In der Diskussion zeigten sich zudem strukturelle Probleme der Polizeiausbildung, aber auch positive Erlebnisse wurden berichtet.

Im Anschluss daran waren mit Stephan Bohlken, Kriminalhauptkommissar, und Jürgen Schülzke sowie Frank Huismann vom BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft Vertreter der staatlichen Repressionsorgane zu Gast. Mit ihnen wurde über die organisierte Drogenkriminalität im Grenzbereich gesprochen, nachdem Tobias von Gostomski, stellv. Juso Landesvorsitzender, in die Thematik eingeführt hatte. Anschaulich wurde nicht nur über die Verfolgung von Kriminellen des Drogenmilieus berichtet, sondern auch

anhand des Zeigens echter Drogen über die Verbreitung und KonsumentInnenkreise referiert. Auch das Thema der Legalisierung von Cannabis wurde seitens der TeilnehmerInnen angesprochen, woraufhin die Gäste eindringlich ihre Bedenken kundtaten.

Nachdem, anlässlich der jährlich anstehenden Proteste gegen einen Naziaufmarsch in Bad Nenndorf, über Blockaden als politisches Mittel berichtet wurde, folgte ein praktischer Teil des Seminars. Verknüpft mit einem Workshop zum Alu-Hut-Basteln, lieferte Florian Faul, von den Jusos Celle, uns einen Einblick in die Welt der Verschwörungsmythologien.

Am Sonntag starteten wir zusammen mit Sabine Zimmermann, OV-Vorsitzende SPD Aurich, in das Thema „Frauen in der Kommunalpolitik“. Dabei zeigte Sabine strukturelle Probleme sowohl in der Partei als auch in der Verwaltung auf, welche es Frauen erschweren, ein Mandat in der Kommunalpolitik zu erreichen und wahrzunehmen. Es wurde von Sabine und einzelnen TeilnehmerInnen dabei insbesondere das dominante Verhalten vieler Männer kritisiert.

Zum Abschluss gab es eine Teilung des Seminars, bei der sich die Gruppe auf zwei Blöcke aufteilte. Ein Block erfuhr von Lisa Sophie Reinke, stellv. Jusos Landesvorsitzende, interessantes über die PISA-Studie. Hier wurden Aufgaben von vorangegangenen Studien analysiert und in der Gruppe vorgestellt. Anschließend folgte eine generelle Diskussion über die PISA-Studie. Der andere Block erfuhr von Nico Bloem, JAV der Meyer Werft, wie gewerkschaftliche Mitbestimmung aussieht. Hierbei wurde über den Einfluss der IG Metall in einem Betrieb diskutiert und die Problematik bei der Firma Enercon kritisiert.

Insgesamt war es ein spannendes und informatives Verbandswochenende, bei welchem auch der Austausch untereinander sehr angenehm war.

Leonard Kuntscher
(Landesvorsitzender)

Aktuelles aus der Landespolitik

Die letzte Landtagssitzung vor der Sommerpause im Juli stand ganz im Zeichen der Halbzeitbilanz der rot-grünen Koalition, die knapp 2,5 Jahre im Amt ist. Die Bilanzen der verschiedenen Verbände und Lobbygruppen waren natürlich wie zu erwarten sehr unterschiedlich, wenn auch insgesamt deutlich positiver als das bei anderen Regierungen vorher der Fall war. Auch wir

haben als Jusos gemeinsam mit unseren ParterInnen von der Grünen Jugend eine positive Bilanz gezogen, auch wenn wir noch viel Arbeit vor der Koalition liegen sehen. Insbesondere die Kultuspolitik kann sich aus unserer Sicht sehen lassen, aber auch die Abkehr von der Schönemann-Abschiebepolitik ist ein großer Erfolg für Rot-Grün. Als wichtigste Punkte für die zweite Hälfte haben wir die Wiedereinführung der Landeszentrale für politische Bildung, die Einführung der Kennzeichnungspflicht für Polizeieinsätze, die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre sowie das neue Hochschulgesetz ausgemacht.

Auch eine aktuelle Umfrage von Infratest-dimap im Auftrag des NDR zur Regierungshalbzeit hat für Wirbel gesorgt und lässt viel Interpretationsspielraum. So ist die Zufriedenheit mit der Koalition groß. Auch bei den zentralen Kompetenzwerten schneidet die Regierung gut ab, auch wenn die Werte im Bereich Schulpolitik schlecht sind. Gleichzeitig sieht die Umfrage sowohl die FDP als auch die 'Die Linke' aktuell bei 5%, was eine große Unsicherheit bei den Mehrheitsverhältnissen darstellt. Die Werte der anderen Parteien unterscheiden sich nur gering von den Ergebnissen der Wahl 2013. Besonders erfreulich ist, dass die Werte für mögliche CDU-Spitzenkandidaturen 2018 ausgesprochen schlecht sind.

Im Landtag wurde derweil ein Nachtragshaushalt für das laufende Jahr 2015 beraten und beschlossen. Er beinhaltet unter anderem die Mehrkosten durch das Urteil zur Unterrichtsverpflichtung der GymnasiallehrerInnen sowie Landesfinanzhilfen im Höhe von 80 Mio. Euro für die Kommunen zur Unterbringung von Asylsuchenden. Außerdem wurde im Landtag ein Investitionsförderungsgesetz in Höhe von 327 Mio. Euro für finanzschwache Kommunen und die flächendeckende Einführung von PatientInnenbeauftragten in Krankenhäusern beschlossen.

Silke Hansmann (stellvertretende Landesvorsitzende)

Kritik an der NHG-Novelle

In Niedersachsen steht aktuell die Novellierung des Landeshochschulgesetzes an. Ein gutes Studium für alle Studierenden zu ermöglichen und den Beschäftigten und Forschenden aller Statusgruppen gute Arbeitsbedingungen zu bieten, müssen herausgehobene Ziele an den niedersächsischen

Hochschulen wie auch in der Hochschulpolitik in den kommenden Jahren sein.

Wir treten für demokratische und transparente Strukturen an den Hochschulen ein. Durch die NHG-Novelle muss die akademische Selbstverwaltung, also die Selbststeuerung der Hochschulen durch die sie tragenden Gruppen, Studierende, ProfessorInnen, wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen, gestärkt werden. Um dies zu erreichen sind nun aber noch einige Stellschrauben anzugehen. Einige wesentliche Elemente fehlen allerdings im aktuellen Vorschlag des grünen Ministeriums. Wir begrüßen die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Stärkung der Rechte der Senate, der Beteiligungsrechte von Studierenden, Gleichstellungsbeauftragten, der Personalvertretung, der Neuschaffung einer Interessenvertretung für Promovierende sowie die Öffnung der Hochschul- und Stiftungsräte für weitere gesellschaftliche Akteure.

Weitergehend fordern wir, dass das ehrenamtliche Engagement in Gremien beispielsweise durch unterstützende hauptamtliche Verwaltung gefördert wird. Um zusätzlich das politische und ehrenamtliche Engagement von Studierenden zu fördern, muss sich die SPD für die umfassende und flächendeckende Abschaffung der Anwesenheitspflichten an den niedersächsischen Hochschulen einsetzen. Die Möglichkeit, eineN VizepäsidentIn für Studium, Lehre und studentische Belange mit Vetorecht der studentischen SenatsvertreterInnen bei der Bestellung zu schaffen, wird ausdrücklich begrüßt. Weitergehender und aus studentischer Perspektive sinnvoller, wäre aber einE studentischeR VizepäsidentIn. Hier bleibt der Vorschlag von Ministerin Gabriele Heinen-Kljajic deutlich hinter unseren Forderungen und Vorstellungen zurück.

Die Novelle des Hochschulgesetzes muss sozialdemokratischer gestaltet werden- Wir wollen, dass die Mitbestimmung der Studierenden endlich umfassend gestärkt wird!

Silke Hansmann (stellvertretende Landesvorsitzende)

Aktuelles zur Vorratsdatenspeicherung

Auf dem Landesparteirat am 30. Mai haben die Delegierten mit breiter Mehrheit unserem Antrag gegen die anlasslose

Vorratsdatenspeicherung zugestimmt. Damit haben wir eine klare Positionierung des SPD-Landesverbands gegen die Vorratsdatenspeicherung hergestellt. Leider mussten wir feststellen, dass sich wesentliche FunktionsträgerInnen der Partei nicht an diesen Beschluss gebunden fühlen. Auf dem Parteikonvent haben sowohl Boris Pistorius als Innenminister als auch Stephan Weil als Landesvorsitzender für die Vorratsdatenspeicherung geworben und diese inhaltlich verteidigt. Das ist nicht unsere Vorstellung von innerparteilicher Demokratie!

Daher haben wir uns entschlossen, einen offenen Brief an Boris und Stephan zu verfassen und unsere Kritikpunkte so konstruktiv anzubringen. Unser offener Brief wurde von über 70 GenossInnen unterzeichnet und erfuhr eine breite Unterstützung. Diese Entwicklung freut uns natürlich!

Leonard Kuntscher
(Landesvorsitzender)

Besuch der Stadtwerke Osnabrück

Auf der LaKo 2015 haben wir den in einem langen Prozess vom vorherigen LaVo erarbeiteten Leitantrag zur Verkehrspolitik beschlossen. In dieser Tradition waren wir mit einer kleinen Gruppe Ende Mai bei den Stadtwerken Osnabrück zu Gast um uns über die Zukunft der Mobilität als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge zu informieren. Schwerpunkt stellte dabei die Verknüpfung von klassischen Angeboten wie Bus, Bahn und Ruftaxis mit innovativen Verkehrsmitteln wie Car- und Bikesharing zu einem gebündelten Angebot. Auch die Einbindung neuer Innovationen wie Elektromobilität und autonomen Fahren haben wir mit Stadtwerke-Chef Dr. Stephan Rolfes diskutiert. Highlight des Besuches war eine Probefahrt mit den E-Autos aus dem Carsharing-Angebot der Stadtwerke Osnabrück.

Vorratsdatenspeicherung - warum eigentlich nicht?

Im Dezember 2005 stimmte das Europäische Parlament für eine Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung (VDS). Viele Länder haben sie seitdem umgesetzt, die französische Regierung erweiterte erst vor wenigen Wochen die Speicherfrist von 12 Monaten auf 5 Jahre. Auch in Deutschland



Erika Witt (stellvertretende
Vorsitzende Jusos
Braunschweig)

wird über die Wiedereinführung der Mindestspeicherfrist verhandelt, wie sie jetzt genannt wird. Die EU-Richtlinie, die diese Steine erst ins Rollen brachte, wurde 2014 vom EuGH für nichtig erklärt, und auch viele nationale Verfassungsgerichte haben in den letzten Jahren die jeweiligen Gesetze kassiert - zuletzt am 17. Juli 2015 das High Court of Justice in London.

Doch was spricht eigentlich gegen VDS? Was bewegt so viele Gerichte dazu, diese Gesetze für nichtig und nicht mit Grundrechten vereinbar zu erklären? Genau hier liegt nämlich das Problem der anlasslosen Speicherung von Daten: Grundrechte. Maßgeblich geht es um Artikel 7 und 8 der EU-Charta der Grundrechte: Achtung der Privatsphäre und Schutz personenbezogener Daten. Das deutsche Verfassungsgericht verwies auch auf Artikel 10, Absatz 1, Grundgesetz: also Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis.

Durch die Speicherung von Daten aller Menschen wird die **Unschuldsvermutung in ihr Gegenteil verkehrt**: In einen Generalverdacht. Jeder Mensch ist potentiell eine Bedrohung für die Sicherheit und Ordnung, und ebenso potentiell im Begriff, Kinder zu schänden oder andere schwerste Verbrechen zu begehen. Deswegen muss in die Grundrechte eingegriffen und müssen die Kommunikationsdaten vorsorglich gespeichert werden.

Und genau hier kommt der zweite wichtige Punkt ins Spiel: Daten sind die Währung der Zukunft. Das zeigt sich daran, wie viel Geld Facebook, Twitter & co durch vermeintlich kostenlose Angebote verdienen: Die Nutzer "bezahlen" mit ihren Daten. Auch die Tatsache, dass mittlerweile viele Menschen mehr datensammelnde Payback- und Kundenkarten als Geldscheine im Portemonnaie haben, zeigt die Sammelwut privater Unternehmen. Auch die Kommunikationsdaten der VDS werden nicht durch staatliche Behörden gesammelt, sondern durch private Telekommunikationsanbieter. Wie wenig aber sogar etablierte und große Unternehmen in der Lage sind, die Sicherheit der Daten zu gewährleisten, sieht man beispielsweise am Sony-Hack, oder an der Infiltrierung des Deutschen Bundestages.

Die Politik, ebenso wie die Gesellschaft, steht nun vor der grundsätzlichen Frage, wie man generell mit den immer häufiger und in immer größerem Umfang anfallenden Daten umgehen will: Sammelt man sie, um sie Ermittlungsbehörden zur Verfügung zu stellen und die Menschen im Staat immer

effektiver überwachen zu können? Oder schützt man die Daten, getreu dem Motto "Die sichersten Daten sind nicht gespeicherte Daten" vor Missbrauch und fremden Zugriff, und nimmt dafür in Kauf, im Einzelfall die eine oder andere Straftat weniger gut aufklären zu können?

Es geht bei der VDS also nicht um die Frage, ob man mehr Kinderschänder und Mörder fassen kann, sondern es geht im Kern um die Frage, wie man mit Daten umgeht. Und dieser Frage müssen wir uns nicht nur in Bezug auf VDS, sondern im Hinblick auf die gesamte voranschreitende Digitalisierung stellen und sie in aller Ausführlichkeit diskutieren und erörtern können, ohne dass mit Regierungsfähigkeit und fiktiven Einzelfällen für die eine oder andere Seite argumentiert wird.

Herausgeber
V.i.S.d.P. Leonard Kuntscher, Landesvorsitzender
Juso-Landesverband Niedersachsen
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
Fon: (0511) 1674 - 223
Fax: (0511) 1674 - 211
E-Mail: info@jusos-niedersachsen.de